SERAPS WOCHE

INHALTSVERZEICHNIS

„LEHRE AUS EUROPAWAHL ZIEHEN: NEUE GRUNDSICHERUNG STATT BÜRGERGELD“

LIEFERKETTENGESETZ

UNSER ANTRAG AUF EINSETZUNG EINES UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSSES „HABECK-AKTEN”

LEISTUNGEN FÜR ASYLBEWERBER SENKEN – RECHTLICHE SPIELRÄUME NUTZEN

ÖFFENTLICHE DEBATTE

SERAP GÜLER

SGUELER

SERAPGUELER

Liebe Parteifreunde, sehr geehrte Damen und Herren,

Die Wählerinnen und Wähler haben der Ampel am vergangenen Sonntag eindeutig zu verstehen gegeben, dass sie einen grundlegenden Politikwechsel in Deutschland wollen. Eine der Lehren muss die **Abschaffung des sogenannten Bürgergelds** sein. Viele Menschen haben den Eindruck, dass sich **Arbeit nicht mehr lohnt und die Fleißigen bestraft werden. Um das zu ändern, haben wir in dieser Woche dahingehend einen Antrag eingebracht.**

Darüberhinaus haben wir uns mit dem Lieferkettengesetz und der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses “Habeck-Akten” beschäftigt.

Auch die Leistungen für Asylbewerber waren in dieser Woche Thema. Da gibt es noch Spielraum, um die illegale Migration weiter einzudämmen.

Im Weiteren finden Sie wie üblich einen Überblick über meine öffentlichen Statements und Auftritte sowie meine neue **Kolumne** zum **Mannheimer Attentat.**

Ich verbleibe mit freundlichen Grüßen, freue mich auf Ihre Rückmeldung und danke Ihnen für Ihr Interesse an meiner Arbeit!

„Lehre aus Europawahl ziehen: Neue Grundsicherung statt Bürgergeld“

Die Wählerinnen und Wähler haben der Ampel am vergangenen Sonntag eindeutig zu verstehen gegeben, dass sie einen grundlegenden Politikwechsel in Deutschland wollen. Eine der Lehren muss die Abschaffung des sogenannten Bürgergelds sein. Viele Menschen haben den Eindruck, dass sich Arbeit nicht mehr für alle lohnt und die Fleißigen bestraft werden. Das Bürgergeld hat nicht dazu beigetragen, die Zahl der Arbeitslosen zu senken. Im Gegenteil: Die Zahl der Bürgergeldempfänger steigt steil an und hat einen neuen Höchststand erreicht.

Diese neuen Zahlen geben uns Anlass, das Bürgergeld zum Gegenstand einer „Aktuellen Stunde“ in dieser Sitzungswoche zu machen. Dem gescheiterten Bürgergeld stellen wir unser Konzept der „Neuen Grundsicherung“ gegenüber. Wir sind der Überzeugung: Gute Sozialpolitik macht eine Gesellschaft stark und widerstandfähig. Sie hilft dabei, dass jeder sich mit seinen Talenten und Fähigkeiten bestmöglich einbringen kann. Schlecht gemachte Sozialpolitik bewirkt genau das Gegenteil: Sie alimentiert und lähmt damit die Eigenständigkeit der Menschen. **Sie frustriert die Fleißigen und schwächt damit die Bereitschaft zur Solidarität. Mit der Einführung des Bürgergelds wurden Anreize gegen eine Arbeitsaufnahme gesetzt. Wir fordern eine Abschaffung des Bürgergelds und die Einführung einer „Neuen Grundsicherung“, um die Anreize zu erhöhen, Arbeit aufzunehmen.**

Unser Entwurf für ein Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten zur Vermeidung von Menschenrechtsverletzungen in Lieferketten

Bundesminister Robert Habeck hat sich in der vergangenen Woche dafür ausgesprochen, das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (Lieferkettengesetz) für zwei Jahre auszusetzen. Mit unserem Gesetzesentwurf geben wir ihm die Gelegenheit, seinem eigenen Vorschlag auch mit entsprechendem Stimmverhalten Ausdruck zu verleihen. Das deutsche Lieferkettengesetz vom 16. Juli 2021 verpflichtet seit dem 1. Januar 2023 Unternehmen ab einer bestimmten Größe, Sorgfaltspflichten in Bezug auf menschenrechtliche oder umweltbezogene Risiken in ihren Lieferketten zu beachten. Im Sommer 2024 hat die EU eine EU-weite Lieferkettenrichtlinie beschlossen. Diese ist innerhalb von zwei Jahren in deutsches Recht umzusetzen. Sie geht in verschiedenen Bereichen über das Lieferkettengesetz hinaus (u.a. erweiterte Sorgfaltspflichten, zivilrechtliche Haftung, andere Unternehmensgrößen).

Es hat keinen Sinn, an den Verpflichtungen aus dem deutschen Lieferkettengesetz festzuhalten, während sich die Unternehmen bereits auf die neuen Verpflichtungen aus der Europäischen Lieferkettenrichtlinie vorbereiten. Diese vermeidbare Mehrbelastung hätte einen nicht gerechtfertigten Wettbewerbsnachteil deutscher Unternehmen auf dem internationalen Markt zur Folge. Bundesminister Habeck hat erfreulicherweise unsere Forderung aufgegriffen, das deutsche Lieferkettengesetz auszusetzen. Das wäre ein einfacher und dringend erforderlicher Beitrag zum Abbau von Bürokratie und lässt sich mit unserem Gesetzesentwurf schnell umsetzen. Die Doppelbelastung deutscher Unternehmen muss vermieden werden. Es braucht jetzt sofort ein Belastungsmoratorium, damit die deutsche Wirtschaft aus der Krise findet.

Unser Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses „Habeck-Akten"

Die Folgen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine führten im Jahr 2022 zu einer Energiekrise. Anfang März 2022 veröffentlichten die federführenden Bundesministerien der Minister Habeck und Lemke einen „Prüfvermerk", in welchem ein Weiterbetrieb der Kernkraftwerke rigoros abgelehnt wurde. Zu den Hintergründen dieser Ablehnung hat Bundesminister Habeck die Herausgabe von Unterlagen lange verweigert. **Journalisten haben vor Gericht die Herausgabe schließlich erzwungen.**
Die uns vorliegenden Informationen drängen die Schlussfolgerung auf, dass die Bundesregierung in einer entscheidenden Frage unserer nationalen Energiesicherheit nicht zum Wohle Deutschlands, sondern ausschließlich nach der Logik grüner Parteipolitik entschieden hat. Fachliche Erwägungen aus der Arbeitsebene der zuständigen Ministerien wurden von den führenden politischen Beamten bewusst ignoriert und teilweise verfälscht. Inwieweit das in Kenntnis oder Unkenntnis oder gar auf Weisung oder mit Billigung der Führung des Bundeswirtschaftsministeriums und des Bundesumweltministeriums stattgefunden hat, gilt es zu klären. Die deutsche Öffentlichkeit hat einen Anspruch darauf zu erfahren, wie die Entscheidungsprozesse der Bundesregierung in einer Lage von Krieg in Europa zu einer Frage der nationalen Energiesicherheit gelaufen sind. Die Bundesminister **Robert Habeck und Steffi Lemke haben bisher die Gelegenheit verpasst, die Vorgänge in ihren Ministerien und vor allem auch ihre eigene Rolle transparent und vollumfänglich aufzuklären.** Seit Veröffentlichung der Habeck-Akten haben wir alle parlamentarischen Instrumente ausgeschöpft, um Licht in die Schatten dieses intransparenten Vorgangs zu bringen. Viele Fragen sind unbeantwortet geblieben, zugesagte Unterlagen wurden nur lückenhaft übersandt, entsprechende Belege nicht geliefert. **Deshalb beantragen wir jetzt die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses „Habeck-Akten".**

Leistungen für Asylbewerber senken – Rechtliche Spielräume nutzen

Deutschland wird mit der Zunahme der illegalen Migration zunehmend überfordert. Die europäischen Nachbarländer nehmen im Schnitt deutlich weniger Geflüchtete auf. Die auch im europäischen Vergleich hohen Sozialleistungen in Deutschland ein wichtiger Faktor für Migration und insbesondere Sekundärmigration nach Deutschland. Das Bundesverfassungsgericht hat festgehalten, dass eine dauerhafte Ungleichbehandlung von Asylbewerbern und Einheimischen bei der Sicherung des Existenzminimums nicht möglich ist. Aber es bestehen dennoch weiterhin Spielräume zur Leistungsabsenkung. Mit unserem Antrag – den wir in dieser Woche abschließend beraten – fordern wir, diese Spielräume zu nutzen. Sie umfassen die vorrangige Ausgabe von Sach- statt Geldleistungen und die Einführung einer möglichst bundeseinheitlichen Bezahlkarte als Regel. **Solange eine Ausreisepflicht besteht und eine Ausreise tatsächlich und rechtlich möglich ist, soll nur das physische Existenzminimum gewährt werden. Weitere Maßnahmen runden unseren Forderungskatalog ab.**

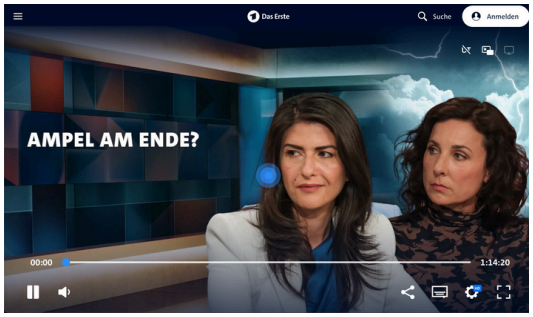
Interview zur Wehrpflicht

Serap Güler stellvertretende Vorsitzende der Programm- und Grundsatzkommission nimmt an einer Pressekonferenz zum Entwurf der Kommission zum neuen Grundsatzprogramms der CDU Deutschlands teil. (Archivfoto) © Michael Kappeler/dpa

"Ich fürchte, mit einem Stapel ausgefüllter Fragebögen werden wir weder Putin noch andere Despoten abschrecken. Das ist es nicht, was die Bundeswehr braucht. Sie muss mit Material und Personal für die Landes- und Bündnisverteidigung ausgestattet werden." Bitter, dass sich der Verteidigungsministerin der Ampel-Koalition nicht durchsetzen konnte. Für die Bundeswehr und für unsere Sicherheit Deutschlands. Mein Interview mit Merkur zu den dürftigen Plänen des Verteidigungsministers.

Hier gehts zum Interview.

Zu Gast bei "hart aber fair"



Am Montag war ich zu Gast bei "hart aber fair". Falls Sie es verpasst haben können Sie sich die Sendung noch einmal anschauen. **Hier gehts zur Sendung.**

Neue Focus Kolumne zum Mannheimer Attentat

Dass Menschen auf der Welt meine Religion zur Gewaltverherrlichung missbrauchen, ist leider bittere Realität. Ich will mich aber nicht damit abfinden müssen, dass jedes Mal, wenn wieder etwas passiert ist, die überwiegende Mehrzahl der Muslime mit in Geiselhaft genommen wird. Es ist jetzt wichtig, deutlich zu machen, dass unser Islamverständnis ein friedliches ist.

Hier gehts zur Kolumne

Veranstaltungstipp

Impressum:

Herausgeber:
Serap Güler MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.I.S.D.P.:
Nora Zabel
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Kontakt:
Serap.gueler.wk@bundestag.de